Monitoring-Projekt
Zivile Konfliktbearbeitung · Gewalt- und Kriegsprävention

Der Iran-Konflikt in der aktuellen Situation des Jahres 2012

Eine Aktualisierung des Dossier I: Der Iran-Konflikt

des Monitoring-Projekts „Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention“

von Andreas Buro

Stand: 25.01. 2012

Die im *Dossier I (*)* beschriebene Konstellation in diesem Konflikt hat sich seit 2006 nicht grundsätzlich verändert. Nach wie vor behaupten USA, Israel und die EU-Staaten, Iran bemühe sich um den Bau von Atomwaffen und sei deshalb eine Gefahr für den Frieden in Nah- und Mittelost. Israel sei besonders gefährdet, wie die aggressive Rhetorik des iranischen Präsidenten und anderer Würdenträger zeige. Iran behauptet dagegen, es strebe nur die friedliche Nutzung der Kernenergie an, was ihm nach dem Atomwaffensperrvertrag, dem Iran beigetreten ist, erlaubt sei. Israel und die USA denken laut und öffentlich über einen militärischen Angriff auf Iran nach, wobei als Ziel die Verhinderung einer Atommacht Iran angegeben wird.
Die Obama-Administration hat seit ihrem Amtsantritt 2009 keinen ernsthaften Versuch gemacht hat, mit Iran über Entspannung und Kompromisse ins Gespräch zu kommen. Die Androhung und Durchführung von Sanktionen standen stets im Vordergrund. Diese haben einen Höhepunkt in dem von der EU verhängten totalen Öl- und Finanzembargo erreicht. Auch die USA haben sich zu einem Finanz- und Handelsembargo entschlossen. Untergeordnete Persönlichkeiten des Iran haben mit einer Sperrung der Straße von Hormuz gedroht. Die Eskalation der gegenseitigen Drohungen ist beängstigend. Befürchtungen werden laut, ein Krieg könne aus Mißverständnissen oder durch eigentlich bedeutungslose Zwischenfälle oder

Fehlwahrnehmungen entstehen. Umstritten ist die Bedeutung der Verschiebung oder gar Absage des gemeinsamen Militärmanövers „Austere Challenge 2012“ von USA und Israel, die für das Frühjahr 2012 vorgesehen waren. Sie konnten leicht als Einleitung eines Angriffs auf Iran verstanden werden. Zumindest ist diese Möglichkeit zunächst ausgeschlossen. Es hat den Anschein, dass zwischen USA und Israel erhebliche Differenzen im Umgang mit dem Iran-Konflikt bestehen, wobei vermutlich die anstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA eine nicht unerhebliche Rolle spielen.
Die Hochrüstung in der Region hat sich weiter verstärkt. Israel belegt den ersten Platz, während sich der Iran nicht unter den ersten 10 Militarisierten findet (FR 21.1.2012).

Kriegs- oder Friedenspolitik – das ist die Frage

1. **Die aktuelle militärische Lage**: Nicht der Iran kann gegenwärtig andere Staaten militärisch bedrohen, er selbst ist umzingelt von US-Stützpunkten, einem großen US-Flottenaufmarsch im persischen Golf, umgeben von Staaten mit Atomwaffen, von denen Israel ständig laut über einen Angriff auf den Iran nachdenkt. Instabilitäten in Nachbarstaaten wie Afghanistan, Pakistan und Irak und Minderheiten-Probleme sind bedrohlich. Die militärische Zusammenarbeit zwischen Iran, Syrien, der Hisbollah im Libanon und der Hamas im Gaza-Streifen sind weitgehend durch die revolutionären Ereignisse in Syrien lahm gelegt. Im Iran ist der 8-jährige, vom Westen unterstützte Angriffskrieg des Iraks unter Saddam Hussein nicht vergessen. Der Iran hat seit dem Beginn des vergangenen Jahrhunderts niemanden angegriffen.

2. **Der Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA** über den Stand der Fähigkeit des Irans, Atomwaffen zu produzieren, wird sehr unterschiedlich von „Nichts Neues“ bis zur Aussage „Klarer Beweis für das Streben Irans nach Atomwaffen“ bewertet. Der vielfach ausgezeichnete US-Journalist Seymour M. Hersh kommt in einer ausführlichen Analyse des Berichts zu dem Ergebnis: *„Der neue Bericht läßt uns dort, wo wir bereits 2002 waren als George Bush erklärte, der Iran sei ein Mitglied auf der Achse des Bösen mit vielen kriegerischen Wort garniert, aber ohne jegliche Erkenntnis von einem Nuklearwaffen Programm“* (newyorker.com; Übersetzung A. B.) Vermutlich ist die Versicherung Teherans, es strebe keine Atomwaffen an, ebenso wenig glaubwürdig, wie die entsprechende frühere Versicherung des israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion, Israel strebe nicht nach Atomwaffen.

3. **Sollte der Iran wirklich in den Besitz von Atomwaffen gelangen** und die entsprechenden Trägersysteme besitzen, könnte er sie gegen Israel nicht einsetzen, ohne eine weitgehende Zerstörung des eigenen Landes in Kauf zu nehmen. Für Iran gilt nach wie vor der Grundsatz: „Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter“. Spätestens mit den aus Deutschland gelieferten U-Booten verfügt Israel über eine nukleare Zweitschlagfähigkeit. Warum sollte Iran seinen eigenen Untergang herbeiführen wollen? Hätte Iran tatsächlich Atomwaffen und die entsprechenden Trägersysteme zur Verfügung, wäre voraussehbar sein nächster Schritt, sich ebenfalls eine Zweitschlagfähigkeit zu verschaffen, um seine Abschreckung eines feindlichen Angriffs glaubwürdiger zu machen. Das würde andere Staaten der Region in der Folge noch stärker zu eigenen Bemühungen um Atomwaffen anstacheln.

4. **Die Erfolgsaussichten eines US-israelischen Angriffs auf den Iran** wird von fast allen Seiten als ein unkalkulierbares, risikoreiches Unternehmen gewertet. Es

würde sich dabei nicht um einen nur punktuellen Angriff handeln können, denn auch die iranische Militär- und Infrastruktur müßte zerstört werden, um einen wie auch immer gearteten Vergeltungsakt zu verhindern, also eine sehr weitgehende Zerstörung des Landes. Was dann in den angrenzenden Ländern und mit der Ölproduktion geschehen würde, dürfte mit den Worten Chaos und Inferno zu umschreiben sein. Realistischer erscheint ein Angriff auf den Iran mit Mitteln des Cyberwar, wie es bereits durch das Stutnex-Computervirus geschehen ist, durch Sabotage-Akte und die Ermordung wichtiger Persönlichkeiten, was gegenwärtig bereits praktiziert wird. Soweit die Kriegsoptionen – alle verantwortungslos und friedenspolitisch unwirksam.

5. Immer wieder wird die Befürchtung geäußert, durch eine nukleare Bewaffnung des Iran würde sich **das Machtgleichgewicht im mittleren und nahen Osten** zu Ungunsten des Westens und den mit dem Westen verbündeten arabischen Staaten verändern. Es stellen sich Fragen. Kann man gegenwärtig überhaupt von einem stabilen Machtgleichgewicht sprechen? Besteht nicht viel eher eine stabile Instabilität in dem ganzen Bereich? Würde eine friedenspoltishe Lösung mit dem Iran nicht gerade die Stabilität in der Region erheblich verbessern und Dialoge im Sinne von KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) die Bedrohungsängste ab und Vertrauen aufbauen? Ferner ist angesichts der gewaltigen Umbrüche im globalen Maßstab, dem Aufkommen von wirtschaftlich aufstrebenden Mächten nicht ohnehin eine Verschiebungen des bestehenden Einflusses der Staaten in der Region zu erwarten? Ist es deshalb nicht sinnvoll, auch die bestehenden Differenzen möglichst bald nicht mehr militärisch anzugehen, sondern zivile Verhandlungsformen bereits zu erproben und mit ihnen Erfahrungen zu sammeln?

6. **Auf der „Achse des Bösen**" stand neben Iran auch Libyen. Dieses hat auf Atombewaffnung verzichtet, doch wurde trotzdem das Regime Gaddafis jüngst durch die NATO gestürzt. In Libyen ging es also auch um „regime change". In Iran geht es seit 1951 um „regime change". Damals wurde der demokratisch gewählte Ministerpräsident Mossadegh, der das Joch der internationalen Ölkonzerne abschütteln wollte, mit Hilfe der CIA und dem britischen Geheimdienst gestürzt und das terroristische Schah-Regime an die Macht gebracht, der Iran zu einer Regionalmacht in Abhängigkeit von den USA machen sollte. Der nächste „regime change" unter Ajatollah Chomeini machte diesen Plan zunichte. Zu vermuten ist, im Iran-Konflikt geht es nicht um Atomwaffen, sondern um „regime change" Nr. 3.

Wege aus der Gefahr

Die Forderungen, die im Dossier I an die Konfliktpartner gerichtet wurden, sind nach wie vor im wesentlichen gültig. Hier werden deshalb nur wenige sehr wichtige Elemente noch einmal heraus gehoben.
Ein potentiell erfolgreicher Weg im Sinne friedlicher Konfliktbearbeitung bestünde darin, dem Iran von USA, Israel und NATO einen Nichtangriffspakt anzubieten, der die Bedrohung des Iran von außen sehr vermindern würde. Dabei sei in Aussicht zu stellen, dass nach einem erfolgreichen Abschluß auch die gegenwärtig bestehenden Sanktionen gegen Iran aufgehoben würden, wenn der Iran die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrages glaubhaft und kontrollierbar zusichert." Damit würde eine win-win-Situation für beide Konfliktseiten geschaffen. Die iranische Führung könnte auf die Minderung der Bedrohng von aussen und auf große wirtschaftliche Vorteile hinweisen und ihr Gesicht wahren, sie habe immer nur auf eine friedliche Nutzung der Kernenergie, wie sie ihr nach dem Atomwaffensperrvertrag zusteht,

hingearbeitet. Die westliche Seite könnte auf den Erfolg bei der Verhinderung des Entstehens einer neuen Atomwaffenmacht verweisen.

Diese friedenspolitische Herangehensweise an den Konflikt sollte ergänzt werden durch die **Anregung und Förderung einer dauerhaften Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im mittleren und Nahen Osten (KSZMNO).** Auf ihr wäre nicht nur die Atomwaffenfrage zu besprechen, sondern auch die vielen gemeinsamen Interessen der Region und die Möglichkeiten des Ausbaus der Kooperation. Dadurch könnten die Konflikte in der heute so explosiven Region friedenspolitisch entschärft werden. Dies ergäbe auch für die Menschen im Iran, in Palästina und Israel eine zukunftsträchtige Perspektive.

Eine solche Politik würde unterstützt durch den Beschluß der UN-Vertragskonferenz zur **Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen** (NPT) von 2010, bereits 2012 zu einer Konferenz für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Mittleren und Nahen Osten einzuladen. Dem wird entgegen gehalten, Israel würde sich nie auf einen Verzicht auf seine Atomwaffen bereit erklären. Ob das eine dauerhafte Position Israels tatsächlich sein wird, muß sich erst noch erweisen, wenn ihm dafür eine kooperative Einbindung in die Region angeboten würde. Zur Erinnerung: Atomwaffenfreie Zonen wurden bereits vereinbart, für die Antarktis, Lateinamerika/Karibik, den Südpazifik, Südostasien, Afrika, Zentralasien und die Mongolei.

Die Bundesregierung ist aufzufordern, sich eine solche friedenspolitische Orientierung zu eigen zu machen. Sie darf nicht in falscher Solidarität zu Israel dessen militärische Drohpolitik unterstützen, sondern vielmehr auf einen großen politischen Dialog in der ganzen Region hin arbeiten. Dazu gilt es auch, Washington zu überzeugen, von seiner Politik des ‚regime change' abzulassen, was zweifellos eine erhebliche Standfestigkeit von Berlin erfordern würde. Deutschland könnte so gemeinsam mit anderen EU-Staaten eine Politik einleiten, die sich von der fatalen Konfrontation mit islamischen und arabischen Staaten abwendet und sich der Bearbeitung der zahlreichen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Problemen zuwendet. Es könnte auch seine unselige Rüstungsexportpolitik korrigieren.

In dem Konflikt des Westens und Israels mit dem Iran **spricht alles gegen eine militärische Herangehensweise und alles für die Entfaltung von Friedenspolitik** im Sinne ziviler Konfliktbearbeitung.
Es kommt jedoch noch ein Gesichtspunkt hinzu. Was würde bei einem Angriff auf den Iran aus dem vielfach euphorisch gelobten und allerdings kaum unterstützten **arabischen Frühling**, der sich bereits schon wieder der Tritte der Militärstiefel zu erwehren hat? Steigerung der militärische Bedrohung bedeutet immer auch Repression nach innen. Darunter hätten die RevolutionäreInnen des arabischen Frühlings genauso zu leiden, wie die demokratische Opposition im Iran gegen die Herrschaft der Ajatollahs und der Ahmadinedschads. Das wäre noch ein „Kollateralschaden" des militärischen Konfliktaustrags.

(*) Dossier Nr. 1: http://www.koop-frieden.de/dokumente/irandossier.pdf

Kontakt:
Kooperation für den Frieden, Römerstr. 88, 53111 Bonn, Tel.: 0228/692905,
Fax: 0228/692906, eMail: info@koop-frieden.de, www.koop-frieden.de
Spendenkonto:
Förderverein Frieden, Kto-Nr. 404 1860 401 bei der GLS Bank (BLZ 430 609 67)